

153. BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS

24. – 26. Mai 2013, Istanbul

WELCHE ZUKUNFT FÜR DEN NAHEN OSTEN?

KÖRBER-STIFTUNG
INTERNATIONALE POLITIK

Juni 2013

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Im Nahen Osten ist die bisherige regionale Ordnung in Auflösung begriffen. Grenzen werden neu gezogen werden. Die sicherheitspolitische Bedeutung nicht staatlicher Gruppierungen nimmt zu.
- In Ägypten fehlt es weiterhin an einem gemeinsamen Verständnis der politischen Spielregeln.
- Die Syrien-Konferenz in Genf droht zu scheitern, da die beteiligten Parteien, allen voran Russland und die USA, zu unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen.
- Die Türkei gerät im Nahen und Mittleren Osten zunehmend an die Grenzen ihres derzeitigen außenpolitischen Ansatzes.
- Europa und die USA verlieren an Einfluss in der Region. Die kleineren Golfstaaten drängen in die entstandene Lücke.

Arabischer Winter?

Nur wenige Teilnehmer des Gesprächskreises zeigten sich grundsätzlich optimistisch mit Blick auf die Entwicklungen in der arabischen Welt. Die Mehrheit der versammelten außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträger und Experten zeichnete ein eher düsteres Bild von der derzeitigen Situation.

»MÜSSEN WIR AKZEPTIEREN, DASS IN DEMOKRATISCHEN WAHLEN NICHT DEMOKRATISCHE FÜHRER GEWÄHLT WERDEN?«

Die anfängliche Euphorie über den Wandel in der arabischen Welt ist Ernüchterung geworden. Die politische Situation bleibt instabil. Die Wirtschaft der betroffenen Staaten kommt nicht in Schwung, die Jugendarbeitslosigkeit ist dramatisch angestiegen. Die neugewählten Regierungen in Ägypten, Tunesien und Libyen sind bislang nicht in der Lage, die Probleme zu lösen.

Entwicklung in Ägypten und die Rolle des politischen Islam

In Ägypten, so die Analyse eines Teilnehmers, hat die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FJP) bislang mit wenig politischem Geschick agiert. Mursi habe es versäumt, nach dem Wahlsieg auf die Opposition zuzugehen, und versucht seine eigene Agenda kompromisslos umzusetzen.

Es fehle an Reforminitiativen, gerade im Bereich der Wirtschaft. Dies untergrabe mittelfristig die Handlungsfähigkeit der FJP. Der ökonomische Stillstand schüre die Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Die derzeitige Politik wirke abschreckend auf die Nachbarstaaten, allen voran auf die Golfmonarchien. Zudem sei die politische Führung auch innerhalb Ägyptens zunehmend isoliert. Weder das Militär noch das Außenministerium oder die Justiz stünden hinter den Muslimbrüdern.

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit sei eines der Kernziele der Revolutionen

24. – 26. Mai 2013, Istanbul

des arabischen Frühlings. Weiten Teilen der ägyptischen Gesellschaft, unterstrich ein Teilnehmer, ginge es nicht um die Auslegung des Islam, sondern darum, ein normales Leben führen zu können.

Alle beteiligten Parteien, das unterstrichen die Teilnehmer aus der Region, müssten die Spielregeln des demokratischen Systems erst lernen. An den Rechten ethnischer und religiöser Minderheiten zeige sich, ob demokratische Wahlen nur als Feigenblatt dienten und echter Pluralismus weiterhin unterdrückt werde.

Die ägyptische Opposition verstehe es bislang nicht, gemeinsam zu handeln und eine ernstzunehmende Alternative zur gut organisierten Muslimbruderschaft zu bieten. Die Frustration sei groß. Einzelne Teilnehmer stellten resigniert fest, dass kaum noch Interesse am Dialog mit der FJP bestehe. Man warte auf das Scheitern der Partei.

Es bestand jedoch keine Klarheit darüber, was danach kommen könne.

Deutlich wurde, dass ein Scheitern der Muslimbrüder in Ägypten die Rolle des politischen Islam in der Region verändern würde und salafistische Strömungen stärken könnte.

Die westlichen Staaten, allen voran Europa, sollten sich demnach deutlich davon

distanzieren, Stabilität auf Kosten der Freiheit der ägyptischen Gesellschaft – wie zu Zeiten Mubaraks – zu dulden oder gar zu unterstützen. Von einzelnen Teilnehmern wurde gefordert, die liberalen Kräfte in Ägypten politisch zu unterstützen und umfangreiche wirtschaftliche Hilfestellung zu leisten. Dies könne die Glaubwürdigkeit des Westens in der Region stärken und langfristig einer Radikalisierung der Gesellschaften entgegenwirken.

Der Krieg in Syrien

Der Eröffnungsredner der Sitzung machte deutlich, dass der Krieg in Syrien nicht nur die wirtschaftlichen Strukturen, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land vollständig zerstört habe. Uneinigkeit bestand unter den Teilnehmern darüber, ob das Schicksal Bashar al-Assads noch entscheidend für den Ausgang des Krieges sei. Ein Teilnehmer betonte, dass sich das Machtgleichgewicht deutlich verschiebe, wenn Assad gestürzt würde. Ein anderer bezweifelte dies. Assad sei längst bedeutungslos, sein Einfluss auf die Armee inzwischen gering.

Die kollektive Ratlosigkeit, die im Westen mit Blick auf die Situation in Syrien spürbar ist, spiegelte sich auch in den Diskussionen in Istanbul wider.

»ÄGYPTEN IST NICHT ›TOO BIG TO FAIL‹ – ES IST ZU GROSS, UM VON AUSSEN GERETTET ZU WERDEN.«



24. – 26. Mai 2013, Istanbul

Keiner der Teilnehmer erwartete einen durchschlagenden Erfolg der geplanten internationalen Konferenz in Genf. Zahlreiche Vertreter aus Europa und dem Nahen Osten waren sich einig, dass man sich bescheidene Ziele wie die Aushandlung eines

**»DIE SYRIEN-KONFERENZ
IN GENF IST ZUM SCHEITERN
VERURTEILT.«**

vorläufigen Waffenstillstands und den Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen setzen sollte.

Einzelne Teilnehmer merkten an, dass die Konferenz in Genf für Russland einen gesichtswahrenden Ausweg aus der derzeitigen Blockadehaltung böte. Andere betonten, dass kein Einlenken Russlands zu erwarten sei. Ein syrischer Teilnehmer unterstrich, dass die USA im Falle eines Scheiterns der Konferenz in Genf ihre zögerliche Haltung zu einem Eingriff in Syrien nicht aufgeben würden.

Nach zwei Jahren des Blutvergießens, in denen das Ende der Assad-Regierung schon so oft angekündigt wurde und nie eintrat, sei es an der Zeit, pragmatische Lösungen zu finden. Waffenlieferungen an die Rebellengruppen, so einige europäische Teilnehmer, könnten das militärische Patt auflösen und den Druck auf Assad erhöhen. Ein Drittel des Landes sei bereits mehr oder weniger unter der Kontrolle der Rebellen, staatliche Strukturen seien zusammengebrochen.

Der EU wurde in der Syrien-Politik Planlosigkeit vorgeworfen, Europa müsse vor allem versuchen, Russland im Sicherheitsrat zum Einlenken zu bewegen.

Russland hat großes Interesse daran, seinen Einfluss in Syrien zu erhalten. Dabei ginge es nicht nur um die letzte russische Militärbasis außerhalb des Territoriums der ehemaligen Sowjetunion im syrischen Tartus. Russland, so zahlreiche Teilnehmer, unterstreiche mit dem derzeitigen Verhalten, dass es weiterhin eine Schlüsselrolle in den internationalen Beziehungen einnehme.

Verantwortung regionaler Mächte

Wie können regionale Mächte zur Stabilität im Nahen Osten beitragen? Welche Verantwortung tragen sie für Frieden und Sicherheit in der Region?

Ein Fokus lag auf der besonderen Rolle der Türkei. Immer wieder wurde der Modellcharakter des türkischen Systems von arabischen Teilnehmern angeführt. Die türkischen Teilnehmer hielten wenig davon, der Türkei diese Vorbildfunktion zuzuschreiben.

Es wurde betont, dass die militärischen Fähigkeiten der Türkei nicht ausreichend seien, um regional eine Vormachtstellung einzunehmen. Auch im Bereich der *soft power* hätte die Türkei auf Grund der



24. – 26. Mai 2013, Istanbul

innenpolitischen Entwicklungen an Attraktivität verloren. Die Regierungspartei Erdogans, die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), sei inzwischen fast vollständig eine sunnitische Partei. Damit, so ein Teilnehmer, habe die Türkei an Glaubwürdigkeit mit Blick auf regionale Konflikte eingebüßt. Diese sind vielfach entlang konfessioneller Grenzen entbrannt. Der Nationalstaat als tradi-

tioneller Akteur der internationalen Beziehungen verliere dadurch an Bedeutung. Ein türkischer Teilnehmer kritisierte, dass west-

liche Akteure die Bedeutung dieser Entwicklung unterschätzten und zu stark in traditionellen Denkmustern verhaftet blieben. In allen Staaten des Nahen Ostens gebe es liberale Kräfte. Diese gelte es zu unterstützen.

Der durch den arabischen Frühling angestoßene Wandel in der arabischen Welt hat die Rolle der Golfstaaten verändert. Teilnehmer aus der Region argumentierten, dass die Golfstaaten verstärkt die politischen Prozesse des Nahen Ostens gestalten. Gerade die kleinen Golfmonarchien würden dabei durch gezielte finanzielle Unterstützung auf die Machtverhältnisse innerhalb der Staaten der Region einwirken.

»SIND DIE GOLFSTAATEN IN DER LAGE, DIE KRÄFTE ZU BÄNDIGEN, DIE SIE ENTFESSELT HABEN?«

Welche Rolle für Europa und die USA?

Von den Teilnehmern aus der Region wurde hervorgehoben, dass die EU weiterhin einen Fokus auf die Bereitstellung technischer Unterstützung zum Staatsaufbau legen solle. Dafür muss Europa seine Fähigkeiten im Bereich Konfliktprävention und Mediation verbessern.

Mittelfristig müsse man sich darauf einstellen, dass die USA in der Region deutlich selektiver agieren werden. Die Obama-Administration habe deutlich gemacht, dass die USA ihr sicherheitspolitisches Engagement in Zukunft stärker an ihren wirtschaftlichen Interessen ausrichten werden. Die Abhängigkeit von Rohstoffimporten aus dem Nahen Osten hat abgenommen. Asien ist in den Fokus der amerikanischen Wirtschaftspolitik gerückt.

Auch von europäischer Seite sei wenig Engagement in den komplexen konfessionellen Konflikten zu erwarten. Europäische und amerikanische Teilnehmer waren sich einig in der Analyse, dass die Bewältigung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der damit verbundene Sparzwang sowohl in Europa als auch in den USA die außenpolitische Handlungsfähigkeit einschränke.

»DER EU FÄLLT ES SCHWER, IN DER AUSSENPOLITIK WERTE ÜBER INTERESSEN ZU STELLEN.«

24. – 26. Mai 2013, Istanbul

Trends 2020 – Perspektiven für die Region

Abschließend identifizierten die Teilnehmer des Gesprächskreises zehn Trends für die Region für den Zeitraum bis 2020:

1. Die künftige Machtverteilung innerhalb der islamischen Welt wird davon bestimmt werden, wie sich die Kräfte des politischen Islam bewähren.
2. Die liberalen, nicht islamischen Parteien werden bis 2020 besser organisiert und in der Lage dazu sein, Wahlen zu gewinnen.
3. Die Desintegration entlang konfessioneller Linien im Nahen und Mittleren Osten wird sich fortsetzen.
4. Nationalstaaten werden an Bedeutung verlieren. Nicht staatliche Gruppierungen werden sicherheitspolitisch noch relevanter.
5. Wasserknappheit wird ein entscheidender Grund für Konflikte werden.
6. Die Golfmonarchien werden ebenfalls den gesellschaftlichen Druck zur Demokratisierung spüren.
7. Russland wird die politischen Umbrüche im Nahen Osten weiterhin nutzen, um die eigene Bedeutung für die internationalen Beziehungen zu unterstreichen. Wenn russische Interessen betroffen sind, ist im Konfliktfall ein Einlenken im Sicherheitsrat nicht zu erwarten.
8. Im Wettstreit um Energieressourcen werden China und Indien verstärkt Einfluss im Nahen Osten ausüben. Die indische Diaspora in den Golfstaaten könnte strategische Relevanz erlangen.
9. Die USA werden auf Grund der Orientierung nach Asien im Nahen Osten deutlich selektiver agieren. Dieser Trend wird sich verstärken.
10. Europa wird weiterhin zu sehr mit sich selbst beschäftigt sein, um in der Region eine zentrale Rolle spielen zu können.



24. – 26. Mai 2013, Istanbul

VORSITZ Dr. Richard VON WEIZSÄCKER, Bundespräsident a.D., Berlin

MODERATOR Prof. Dr. Volker PERTHES, Direktor und geschäftsführender Vorsitzender, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

TEILNEHMERLISTE

Prof. Dr. Abdulkhaleq ABDULLA, Professor für Politikwissenschaft; Vorsitzender, Cultural Committee, Dubai Cultural and Scientific Association, Dubai

Dr. Samir ALTAQI, Direktor, Orient Research Centre, Dubai

Helga BARTH, Referatsleiterin, Bilaterale Beziehungen zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, Bundeskanzleramt, Berlin

Nur BATUR, Journalistin, Sabah Gazetesi, Istanbul

Dr. Benedetta BERTI, Research Fellow, Institute for National Security Studies (INSS), Tel Aviv

Al-Sharif Nasser BIN NASSER, Geschäftsführer, Royal Scientific Society, Middle East Scientific Institute for Security, Amman

Botschafter Volkan BOZKIR, MP, Vorsitzender, Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Große Nationalversammlung der Türkei, Ankara

Botschafter Dirk BRENGELMANN, Beigeordneter Generalsekretär für Politische Fragen und Sicherheitspolitik, North Atlantic Treaty Organisation, Brüssel

Stefan DUPPEL, Leiter, Büro Bundespräsident a.D. Dr. Richard von Weizsäcker, Berlin

Waleed EL HADDAD, Koordinator, Komitee Außenpolitik, Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FJP), Muslimbruderschaft, Kairo

Dr. Aykan ERDEMİR, MP, Mitglied, Große Nationalversammlung der Türkei, Ankara

Dr. Ezzedine Choukri FISHERE, Associate Professor, Department of Political Science, The American University in Cairo, Kairo

Levent GÜMRÜKÇÜ, Sprecher, Außenministerium, Ankara

Prof. François HEISBOURG, Vorsitzender, International Institute for Strategic Studies (IISS), London; Sonderberater, Fondation pour la Recherche Stratégique, Paris

Staatssekretärin Anne Ruth HERKES, Staatssekretärin, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Dr. Rainer HERMANN, Redakteur Naher Osten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M.

Botschafter Hüseyin Avni KARSLIOĞLU, Botschafter der Republik Türkei in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

Hisham KASSEM, Vorsitzender, Algomhouria Algadida Media Company, Kairo

Suat KINIKLIOĞLU, Direktor, Center for Strategic Communication (STRATIM), Ankara

Lars KLINGBEIL, MdB, Mitglied, Verteidigungsausschuss, Deutscher Bundestag, Berlin

Dr. Stephen LARRABEE, Distinguished Chair for European Security, RAND Corporation, Arlington

Stefan LIEBICH, MdB, Mitglied, Auswärtiger Ausschuss, Deutscher Bundestag, Berlin

Dr. Abbas MALEKI, Vorsitzender, International Institute for Caspian Studies (IICS), Teheran

Hugues MINGARELLI, Exekutivdirektor, Naher Osten und südliche Nachbarschaft, Europäischer Auswärtiger Dienst (EEAS), Brüssel

Nora MÜLLER, Programmleiterin Internationale Politik, Körber-Stiftung, Berlin

Rami NAKHLA, Direktor, The Day After Association, Istanbul

Dr. Thomas PAULSEN, Leiter Internationale Politik, Körber-Stiftung, Berlin

24. – 26. Mai 2013, Istanbul

Prof. Dr. Volker PERTHES, Direktor und geschäftsführender Vorsitzender, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Botschafter Eberhard POHL, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Türkei, Ankara

Marietje SCHAAKE, MEP, Mitglied, Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Europäisches Parlament, Brüssel

Michael THUMANN, Leiter, Redaktion Naher und Mittlerer Osten, Die Zeit, Istanbul

Dr. Klaus WEHMEIER, Stellv. Vorsitzender des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

Dr. Richard VON WEIZSÄCKER, Bundespräsident a. D.; Vorsitzender, Bergedorfer Gesprächskreis, Berlin

Botschafter Volkmar WENZEL, Persönlicher Beauftragter des Bundesministers für die Arabische Welt, Auswärtiges Amt, Berlin

Dr. Almut WIELAND-KARIMI, Direktorin, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin



24.–26. Mai 2013, Istanbul

BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS

Initiator	Dr. Kurt A. Körber (†)
Vorsitz	Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D.
Koordination	Dr. Klaus Wehmeier Dr. Thomas Paulsen
Programm Management	Laura Bake Janka Oertel
Adresse	Körber-Stiftung Hauptstadtbüro Pariser Platz 4a 10117 Berlin Telefon: +49-30-206267-60 Fax: +49-30-206267-67 E-Mail: ip@koerber-stiftung.de www.bergedorf-round-table.org Twitter: @paulsen_thomas, #bergedorf153

© Körber-Stiftung, Hamburg 2013

Redaktion	Janka Oertel
Fotos	Körber-Stiftung/Frederic Lezmi
Layout	Das Herstellungsbüro, Hamburg

Alle Rechte vorbehalten.



**Wir wollen
anstiften.**

Mehr erfahren: www.koerber-stiftung.de

Mehr erleben: www.koerberforum.de

Mehr lesen: www.edition-koerber-stiftung.de